



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Das Meinungsbild der Tirolerinnen und Tiroler

In Kooperation mit:



Unterstützt von:

ZukunftsFonds
der Republik Österreich

Dezember 2021

Inhalt

Einleitung	3
Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern	4
Umfrage Tirol	5
Ergebnisse	6
Allgemeines Interesse an der Politik in der EU	6
Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte	6
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Tirol	7
EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona	8
Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?	9
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?	16
Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen	17
Pressespiegel	19
Bilder der EU-Zukunftstour in Tirol	20
Resümee	21

Einleitung

2021/2022 werden in allen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer **Konferenz zur Zukunft Europas** (<https://futureu.europa.eu/>) Debatten über die Neugestaltung der europäischen Integration organisiert. Beschlossen wurde dies schon im Juli 2019 im Zusammenhang mit der Wahl der von Ursula von der Leyen geführten Europäischen Kommission.¹ Unterschiedliche Auffassungen zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen über den Zusammenhang zwischen den Wahlen zum Europäischen Parlament – an denen sich 2019 so viele Bürgerinnen und Bürger wie lange nicht beteiligt hatten – und der Besetzung der neuen Kommission sowie ihres politischen Programms führten dazu, dass Fragen der Demokratie, Legitimität und Effizienz der europäischen Entscheidungsverfahren jetzt einer umfassenden Revision unterzogen werden. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll EuropäerInnen zusammenbringen und jungen Menschen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen als gleichberechtigten Partnern eine starke Stimme geben, wenn es um die Weiterentwicklung Europas geht.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009 hat sich Europa und die Welt um Europa grundlegend verändert, weshalb eine erneute grundsätzliche Debatte um die Weiterentwicklung der EU notwendig erscheint: Die **globale Finanzkrise** hat ab 2010 die Verletzbarkeit der Europäischen Währungsunion, die unterschiedliche Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedstaaten und das Fehlen einer stärkeren wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit schmerzlich vor Augen geführt. Der **Brexit-Prozess** hat gezeigt, dass die europäische Integration nicht selbstverständlich ist, sondern fundamental in Frage gestellt und sogar teilweise rückabgewickelt werden kann. Der **Klimawandel** und die damit einhergehende wirtschaftspolitische **Transformation** stellt die Union vor gänzlich neue Herausforderungen. Die **Präsidentenwahl in den USA 2016** war ein Weckruf für all diejenigen in Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer „Komfortzone“ unter dem sicherheitspolitischen Schutzschirm der USA eingerichtet hatten. Die Veränderung der Geopolitik durch **das wirtschaftliche Aufstreben Chinas** und **das Erstarken autoritärer Mächte in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas** verlangen von der EU stärkeres, robusteres und auch eigenständigeres Handeln in ihren Außenbeziehungen, wenn sie ihre Werte und Interessen in einer unsicherer gewordenen Welt verteidigen möchte. Schließlich hält die **Corona-Pandemie** mit all ihren Folgen die gesamte Welt und damit auch Europa seit dem Frühjahr 2020 in Atem.

Vor allem die Corona-Krise, aber auch erhebliche geopolitische Verschiebungen, haben die Debatte um die Zukunft Europas wiederbelebt und um zahlreiche Themen erweitert. Der strukturelle, wirtschaftliche und soziale Wandel, den unser Kontinent derzeit im Zusammenhang mit der Pandemie erlebt, geht weit über die ursprünglich im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas angedachten Reformen hinaus. Umso wichtiger ist es daher, gerade jetzt grundsätzlich über die Richtung zu diskutieren, welche die EU in den kommenden Jahren einschlagen soll; und angesichts der aktuellen politischen Lage auch sorgsam abzuwägen, ob eher institutionelle und kompetenzrechtliche Fragen im Mittelpunkt der Zukunftsdebatte stehen sollten; oder ob diese stattdessen verstärkt konkreten politischen Vorhaben (z.B. dem Grünen Deal, der Digitalisierung, der Europäischen Gesundheitsunion oder europaweit koordinierten Mindestarbeitsbedingungen) gewidmet sein sollte.

¹ Siehe: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, Von der Leyen, Ursula (2019).
https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_en_0.pdf

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Im Rahmen des Projekts „Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern“, unterstützt durch den **Zukunftsfonds der Republik Österreich (Projektnummer: P21-4221)** erheben die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und die Europäische Kommission das Meinungsbild der Bevölkerung in den neun österreichischen Bundesländern.

Auf Basis eines standardisierten Fragebogens (umfassend je 7 Fragen + Statistik) soll Einblick in das Meinungsbild der Bevölkerung der einzelnen Bundesländer zu Themen der europäischen Zukunftsdebatte gewonnen werden. Durch die Standardisierung des Frageprogramms ist es möglich, die einzelnen Bundesländerergebnisse punktgenau zu vergleichen sowie eine für Österreich gültige Gesamtanalyse zu erstellen.

Die Umfragen werden in Form von **Online-Erhebungen** durchgeführt, wobei bei jeder Einzelumfrage **600 Personen** befragt werden. Die Umfragen werden von **market** (www.market.at) durchgeführt und sind repräsentativ für die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes nach Alter (16 bis 79 Jahre), Geschlecht, Region und Bildung.

Das Frageprogramm umfasst die Einstellung der Bevölkerung zu folgenden Themenbereichen:

- Allgemeines Interesse an der Politik in der EU
- Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte
- Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf das Bundesland
- EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona
- Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?
- Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?
- Vertrauen in politische Entscheidungsträger/innen

Umfrage Tirol

Die **Umfrage** im Bundesland Tirol wurde vom **8. bis 17. Juni 2021** durchgeführt. 600 Personen (repräsentativ für die Tiroler Bevölkerung im Alter von 16 bis 79 Jahre, Geschlecht, Region und Bildung) wurden online von market befragt.

Die Umfrage wurde im Rahmen einer **EU-Zukunftstour** von Europäischer Kommission und Österreichischer Gesellschaft für Europapolitik präsentiert.² Im Rahmen der Tour, die im Sommer/Herbst 2021 durch alle Bundesländer führen wird, waren Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), von 24. bis 27. Juni 2021 mit der Bahn und dem Fahrrad durch Tirol unterwegs, um das Gespräch über Europa zu suchen.³

Bei ihrem Besuch in Tirol kam es auch zu einem **Austausch mit Landeshauptmann Günther Platter**.



© Land Tirol/Angerer



² Siehe: Europa im Gespräch. Auf EU-Zukunftstour durch Österreich. <https://bit.ly/3H4RtEW>

³ Siehe: „EU-Zukunftsdebatte: Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit haben für Tiroler Priorität“, APA-OTS, 26. Juni 2021, <https://bit.ly/3jvWApj>

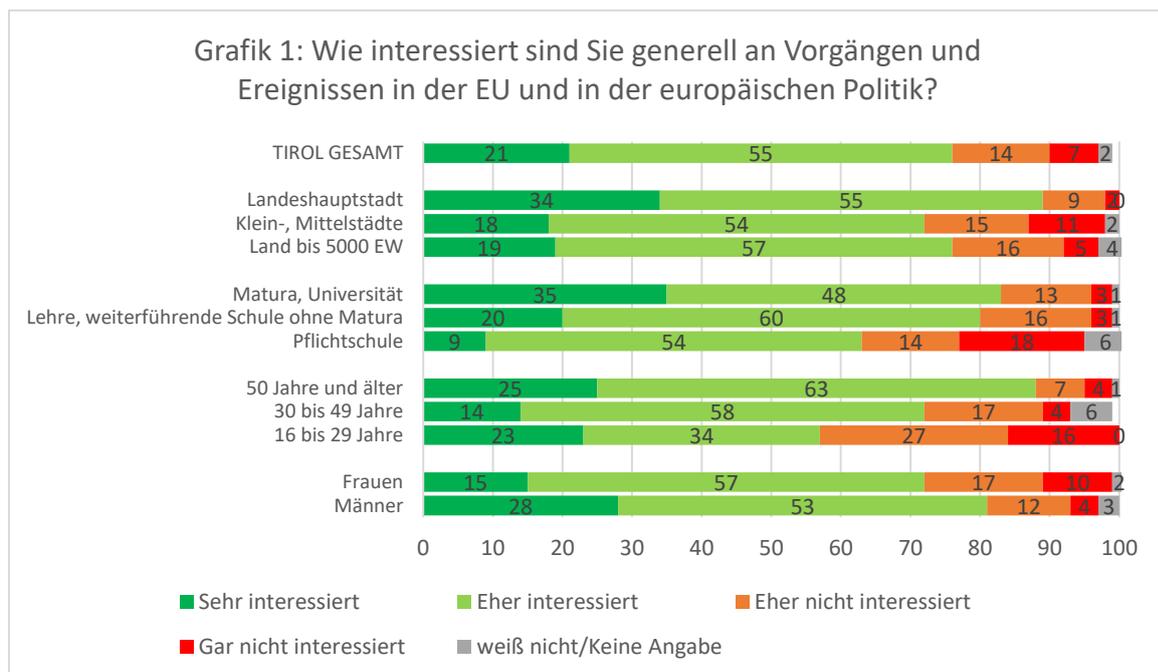
Ergebnisse

Allgemeines Interesse an der Politik in der EU

Drei Viertel der befragten Tirolerinnen und Tiroler zeigen sich an „**Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert**“, davon 21 Prozent „sehr“ und 55 Prozent „eher“. Ein Fünftel hat daran dagegen „eher nicht“ (14 Prozent) oder „gar nicht“ (7 Prozent) Interesse.

EinwohnerInnen der Landeshauptstadt Innsbruck sowie Befragte mit Matura/Universitätsausbildung bekunden zu einem Drittel „sehr großes“ Interesse am europapolitischen Geschehen, männliche Befragte zu 28 Prozent. Männer zeigen sich in der Umfrage interessierter am europapolitischen Geschehen als Frauen, mit steigendem Ausbildungsgrad und Alter steigt das Interesse an.

Am wenigsten interessiert die europäische Politik in der Altersgruppe der 16 bis 29-Jährigen, wo sich 43 Prozent „eher nicht“ oder „gar nicht“ interessiert zeigen. Auch Befragte mit Pflichtschulabschluss ohne weitere Ausbildung sind zu einem guten Drittel nicht daran interessiert.



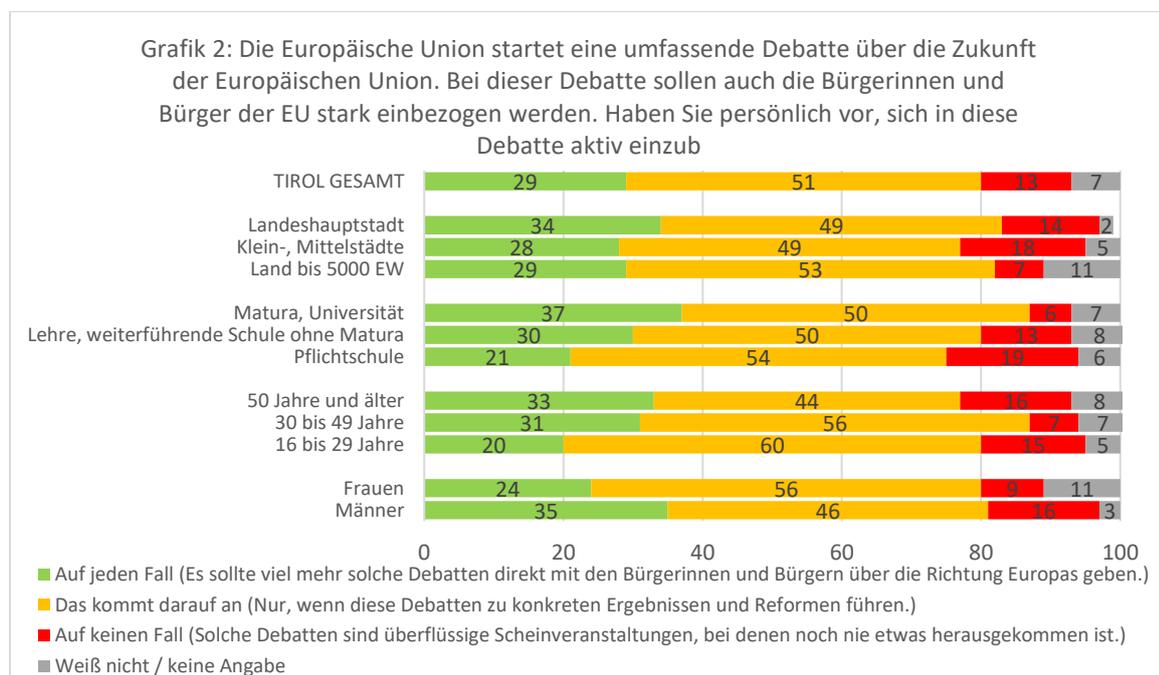
Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte

Drei von zehn TirolerInnen (29 Prozent) geben an, sich „auf jeden Fall“ an der im Mai 2021 gestarteten **Debatte zur Zukunft der Europäischen Union** beteiligen zu wollen und stimmen der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürger*innen über die Richtung Europas geben sollte“. 51 Prozent antworten, dass sie sich eine **Beteiligung an der Zukunftsdebatte** vorstellen könnten, „wenn diese zu konkreten Reformen und Ergebnissen führen würde“. Etwas mehr als ein Zehntel der Befragten (13 Prozent) ist hingegen skeptisch und hält die Zukunftsdiskussion für eine „überflüssige Scheindebatte,

bei der nichts herauskommen wird.“ Weitere 7 Prozent antworten „weiß nicht“ oder machen keine Angabe.

Die Bereitschaft, sich „auf jeden Fall“ an der EU-Zukunftsdebatte zu beteiligen, ist am stärksten unter Befragten mit Matura oder Universitätsabschluss (37 Prozent), bei Männern (35 Prozent) und InnsbruckerInnen (34 Prozent). Mit höherem Alter steigt der Wunsch, an der Zukunftsdiskussion teilzunehmen an.

Generell ist die Zahl jener, die die Zukunftsdebatte als überflüssig betrachten, recht gering. Am skeptischsten zeigen sich TirolerInnen in Klein- und Mittelstädten (18 Prozent) und Befragte mit Pflichtschulabschluss (19 Prozent).



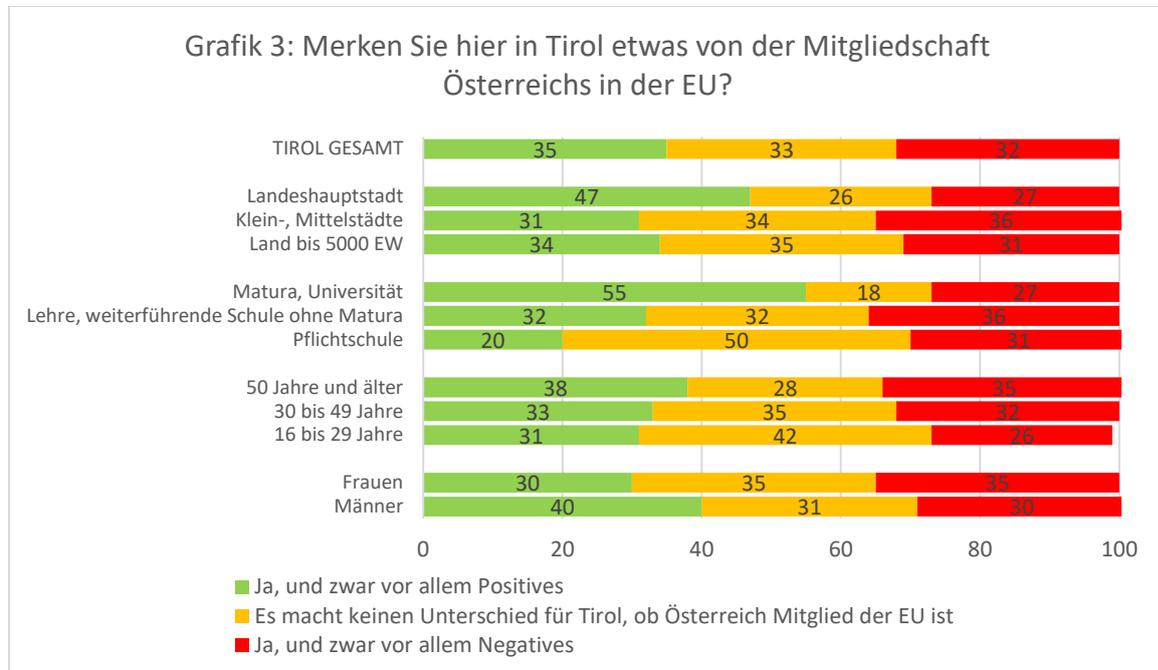
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Tirol

Wenn es um die **Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Tirol** geht, so erweist sich das Meinungsbild ambivalent. 35 Prozent antworten, dass sie durch die EU-Mitgliedschaft in Tirol vor allem Positives bemerken, 32 Prozent sehen jedoch das Negative überwiegen. Für ein weiteres Drittel (33 Prozent) „macht es keinen Unterschied für Tirol, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“.

Befragte mit Matura/Universität (55 Prozent) sehen die EU-Mitgliedschaft am häufigsten positiv – bei Befragten mit weiterführender Schule ohne Matura bzw. einer Lehre ist es ein Drittel, bei Personen mit Pflichtschulabschluss nur mehr ein Fünftel. In den beiden letztgenannten Gruppen nimmt auch ein gutes Drittel vor allem Negatives zur Mitgliedschaft wahr, bei UniabsolventInnen und Personen mit Matura ist es dagegen ein Viertel.

Fast die Hälfte der BewohnerInnen der Landeshauptstadt Innsbruck (47 Prozent) verbindet die EU-Mitgliedschaft mit Positivem, in kleineren Städten und Gemeinden sind es etwa ein Drittel. Während 40 Prozent der Männer positive Assoziationen zur Mitgliedschaft haben, sind es bei den Frauen 30 Prozent.

Hinsichtlich des Alters der Befragten zeigen sich hingegen keine großen Differenzen im Meinungsbild.



EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona

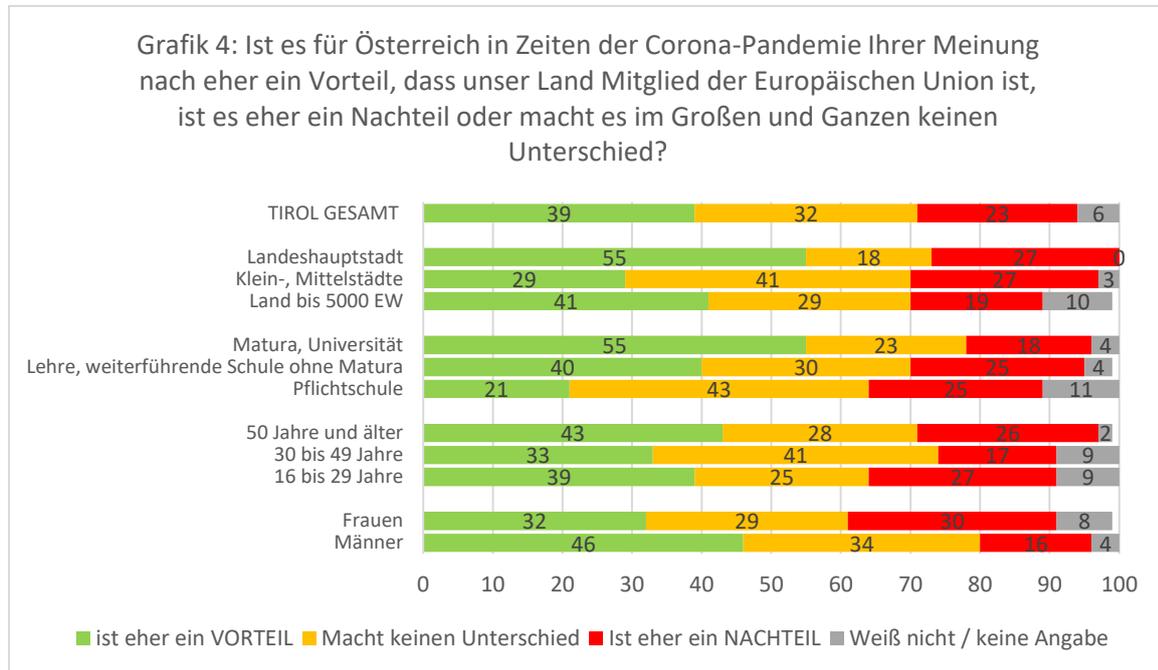
39 Prozent der befragten Tirolerinnen und Tiroler sagen, dass es „in Zeiten der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der EU zu sein“. Für 23 Prozent ist es eher ein Nachteil, für 32 Prozent „macht es keinen Unterschied“ (6 Prozent „weiß nicht/Keine Angabe“).

Diese Ansicht wird mit steigendem Ausbildungsgrad deutlich stärker vertreten – so von 55 Prozent der Befragten mit Matura/Universitätsabschluss, aber nur 40 Prozent jener mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura und von 21 Prozent der PflichtschulabsolventInnen. Die letztgenannten Gruppen sehen die Mitgliedschaft zu einem Viertel als negativ, der Rest äußert sich neutral oder hat dazu keine Meinung.

InnsbruckerInnen meinen ebenfalls zu 55 Prozent, dass es in Zeiten von Corona ein Vorteil ist, EU-Mitglied zu sein, 27 Prozent sind anderer Ansicht. TirolerInnen aus Klein- und Mittelstädten haben nur zu 29 Prozent ein positives, zu 27 Prozent ein negatives Bild. Etwas freundlicher wird die Mitgliedschaft in Kleingemeinden gesehen, wo sie 41 Prozent als Vor- und 19 Prozent als Nachteil bewerten.

In den Altersgruppen 16 bis 29 sowie ab 50 Jahren sind etwa vier von zehn TirolerInnen der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft in Corona-Zeiten ein Vorteil ist. Etwas mehr als ein Viertel ist jedoch gegenteiliger Ansicht. In der Gruppe der 30 bis 49-Jährigen bezeichnet nur ein Drittel die Mitgliedschaft als Vorteil, die Zahl jener, die sie als Nachteil sieht, beträgt dagegen nur 17 Prozent.

Große Differenzen gibt es schlussendlich im Meinungsbild der Geschlechter: Während Männer die EU-Mitgliedschaft zu 46 Prozent als Vorteil für Österreich verbuchen, sind es bei den Frauen lediglich 32 Prozent. Letztere sehen die Mitgliedschaft zu 30 Prozent negativ, und damit doppelt so häufig als Männer.



Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?

Die Tirolerinnen und Tiroler halten es für die dringlichste Aufgabe der Europäische Union, sich im Klima- und Umweltschutz zu engagieren, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern und die Folgen der Corona-Pandemie zu meistern. Einer einheitlichen Asyl- und Migrationspolitik, mehr Demokratie auf EU-Ebene sowie der Stärkung der Regionen sowie der globalen Rolle der EU wird dagegen eher mittlere Priorität eingeräumt.

Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich

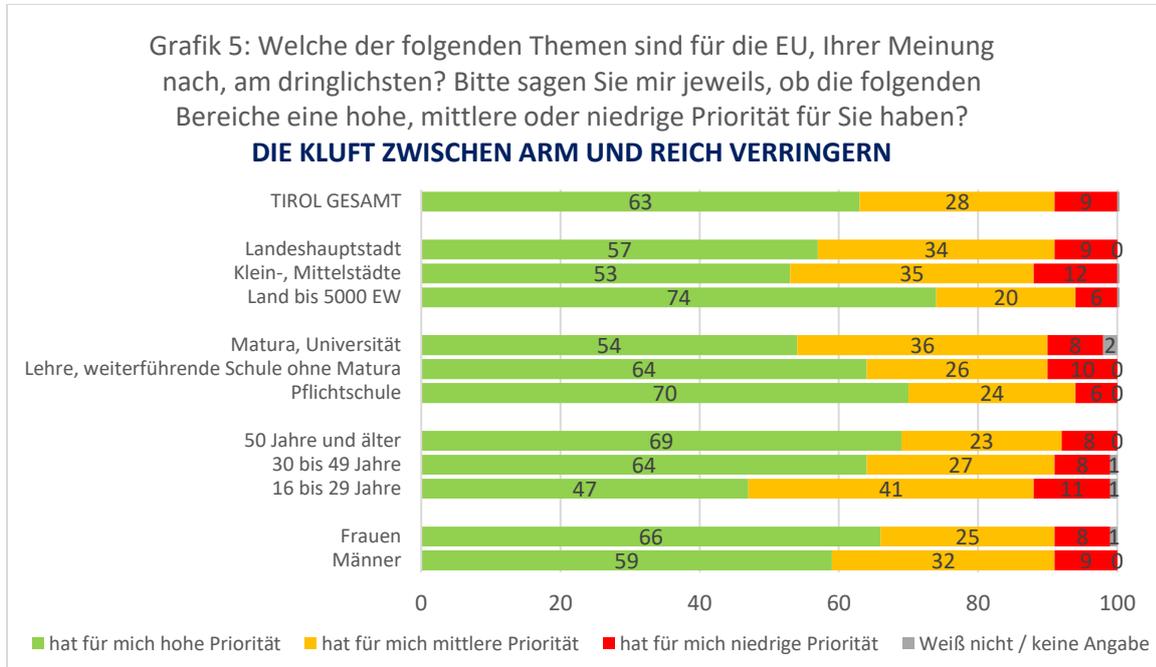
Für knapp zwei Drittel der TirolerInnen (63 Prozent) hat es „hohe Priorität“, dass sich die EU darum kümmert, die „**Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern**“. Für 28 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 9 Prozent „niedrige“.

Dieser Wunsch zählt quer durch alle Befragungsgruppen – Unterschiede gibt es vor allem in der Frage, ob diese soziale Frage hohe oder mittlere Priorität einnehmen sollte.

Am stärksten wird dieser Punkt in Kleingemeinden bis 5000 EinwohnerInnen (74 Prozent) geäußert, sieben von zehn Personen mit Pflichtschulabschluss schließen sich an. Ähnlich ist das Meinungsbild bei Befragten ab 50, während die Verkleinerung der sozialen Schere bei den 16 bis 29-Jährigen nur mehr von knapp der Hälfte (47 Prozent) als vordringlich angesehen wird.

Während zwei Drittel der Frauen diesem Thema höchste Priorität zusprechen, sind es bei den Männern knapp sechs von zehn Befragten.

TirolerInnen mit Universitätsabschluss/Matura sowie BewohnerInnen größerer Gemeinden und Städte halten die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich zwar auch mehrheitlich für ein Thema, dem sich die EU an erster Stelle annehmen sollte, tendieren aber im Vergleich etwas häufiger dafür, ihm mittlere Priorität einzuräumen.



Klima- und Umweltschutz

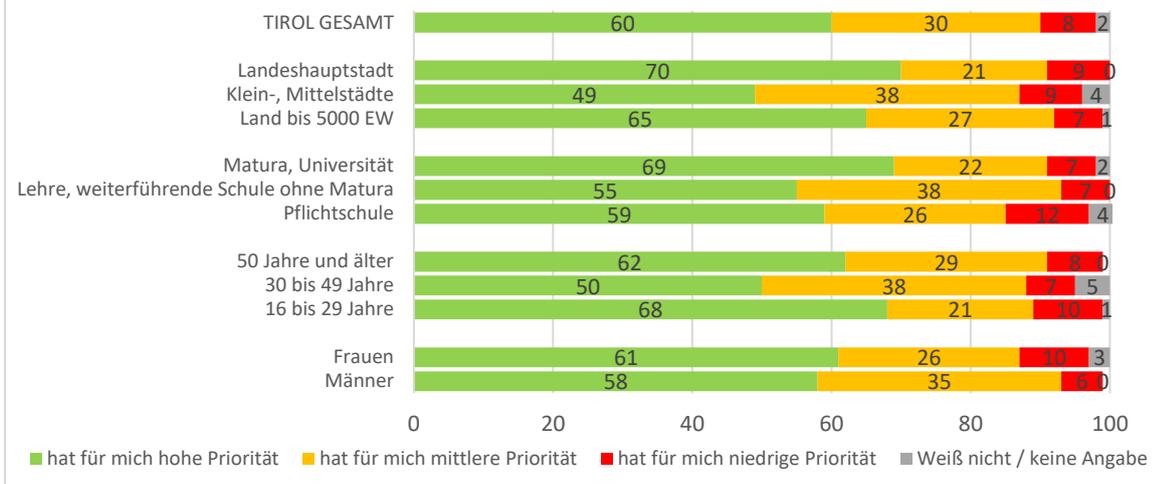
Auch der „Klima- und Umweltschutz“ steht für die Tirolerinnen und Tiroler ganz oben auf der To Do-Liste der EU: Für sechs von zehn Befragten hat das Thema „hohe Priorität“, für drei von zehn „mittlere“. Die Zahl jener, die diesen Punkt eher nachrangig behandelt haben möchten, liegt bei 8 Prozent. (Rest auf 100 Prozent = „weiß nicht/Keine Angabe“. Gilt auch für folgende Werte).

Besonders stark sprechen sich Innsbruckerinnen und Innsbrucker (70 Prozent), Personen mit Uniabschluss oder Matura (69 Prozent) sowie die jüngsten Befragten im Alter zwischen 16 und 29 Jahren (68 Prozent) dafür aus. Auch in Gemeinden bis 5000 EinwohnerInnen sagen fast zwei Drittel, dass Klima- und Umweltschutz auf der EU-Prioritätenliste ganz oben stehen sollte.

Dagegen bewertet nur die Hälfte der 30 bis 49-Jährigen das Klima- und Umweltschutzthema als besonders dringlich, ähnlich ist das Meinungsbild in kleinen und mittelgroßen Städten.

Grafik 6: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ



Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen

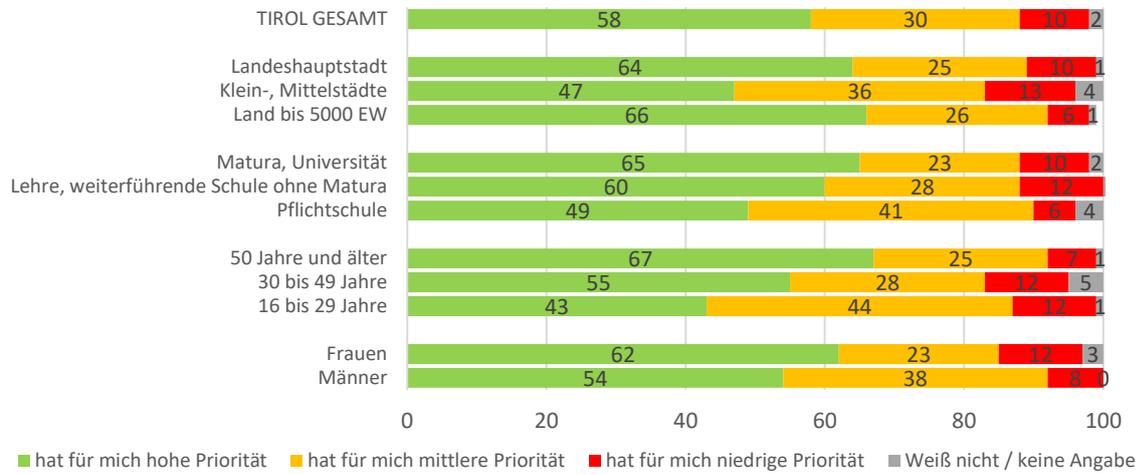
In ebenso hohem Ausmaß sehen die Befragten „die **Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen**“ als Thema, dem sich die EU verstärkt widmen soll. 58 Prozent sagen, es sollte „hohe Priorität“ haben, 30 Prozent „mittlere“. Für ein Zehntel hat die Bewältigung der Corona-Folgen „niedrige Priorität“.

Dem Kampf gegen die Corona-Folgen wird quer durch alle Befragungsgruppen hohe oder mittlere Priorität eingeräumt. Mit höherem schulischen Ausbildungsgrad und höherem Alter gewinnt das Thema an Bedeutung: Für 67 Prozent der über 50-Jährigen hat es hohe Priorität, bei den jüngsten zwischen 16 und 29 Jahre sind es 43 Prozent. Befragte mit Matura/Uniabschluss schließen sich zu 65 Prozent an, bei den PflichtschulabsolventInnen sind es 49 Prozent.

Während BewohnerInnen der Landeshauptstadt und in Kleingemeinden zu zwei Drittel dieses Thema als besonders dringlich einstufen, sind es unter TirolerInnen, die in kleinen und mittelgroßen Städten zu Hause sind, nur knapp die Hälfte.

Grafik 7: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

EINDÄMMUNG DER CORONA-PANDEMIE UND IHRER FOLGEN



Einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik

Für 46 Prozent der TirolerInnen ist „eine gemeinsame EU-Asyl und Migrationspolitik“ ganz oben auf der Prioritätenskala, für 41 Prozent hat sie „mittlere Priorität“. 11 Prozent ist dieser Themenbereich weniger wichtig („niedrige Priorität“).

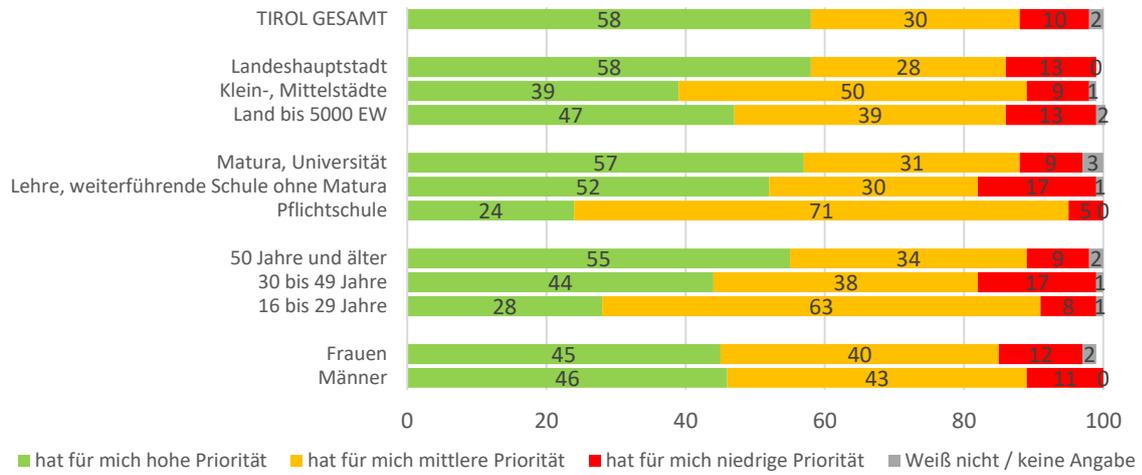
Mit höherem Alter und höherem schulischen Ausbildungsgrad wird ein gemeinsames Vorgehen in diesem Bereich stärker als vordringlich erachtet. 55 Prozent der über 50-Jährigen äußern sich in diesem Sinn, bei den 16 bis 29-Jährigen sind es nur mehr 28 Prozent. 57 Prozent der Befragten mit Matura/Universitätsabschluss sehen das Thema ganz oben auf der Agenda, bei den TirolerInnen mit Pflichtschulabschluss sinkt der Wert auf 24 Prozent.

BewohnerInnen der Landeshauptstadt sehen eine gemeinsame Antwort der EU auf die Asyl- und Migrationsherausforderung stärker als dringliche Priorität an als Personen in kleineren Städten und Gemeinden.

Zwischen Männern und Frauen gibt es in dieser Frage kaum Unterschiede im Meinungsbild.

Grafik 8: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

EINE EINHEITLICHE EU-MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK



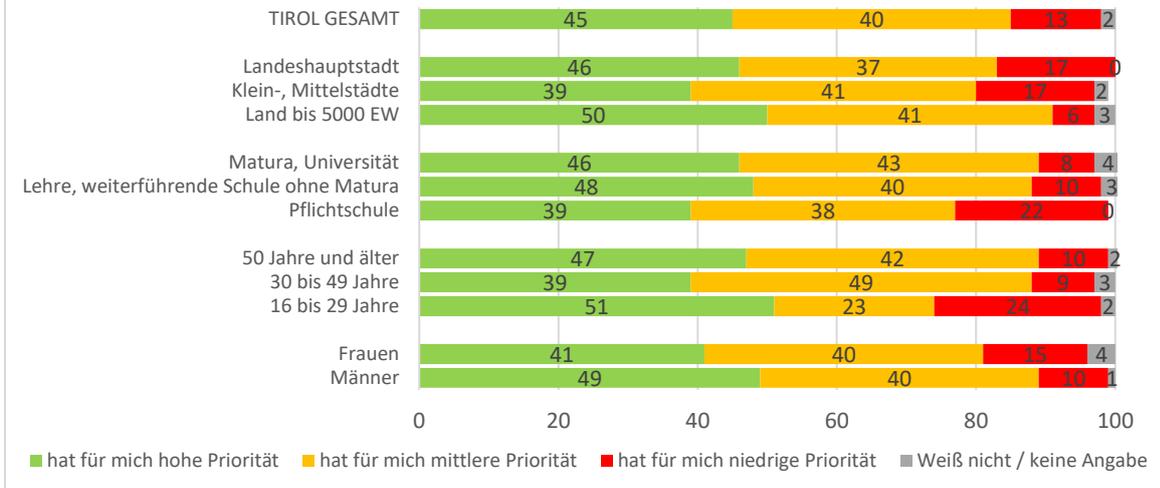
Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene

Die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene hat für die befragten Tirolerinnen und Tiroler zu 45 Prozent „hohe“, für 40 Prozent „mittlere“ und für 13 Prozent „niedrige“ Priorität.

Quer durch alle Befragungsgruppen wird diesem Thema hohe oder mittlere Priorität zugemessen. 16 bis 29-Jährige und Personen mit Pflichtschulabschluss sind jene Gruppen, für die es noch am häufigsten (24 Prozent bzw. 22 Prozent) nicht auf der To-Do-Liste steht. Allerdings sagt auch die Hälfte der Jüngsten, dass mehr Demokratie für sie obersten Vorrang hat – ein Spitzenwert, der auch in ländlichen Gemeinden und bei Männern erreicht wird.

Grafik 9: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

STÄRKUNG DER DEMOKRATIE AUF EU-EBENE



Stärkung der Rolle der Regionen in der EU

Für 38 Prozent wäre es sehr dringlich, „die Rolle der Regionen in der EU zu stärken“. 37 Prozent meinen, dass dieses Thema für sie „mittlere Priorität“ hat, für 21 Prozent steht es nicht an vorderster Stelle jener Bereiche, welche die Union unmittelbar angehen soll.

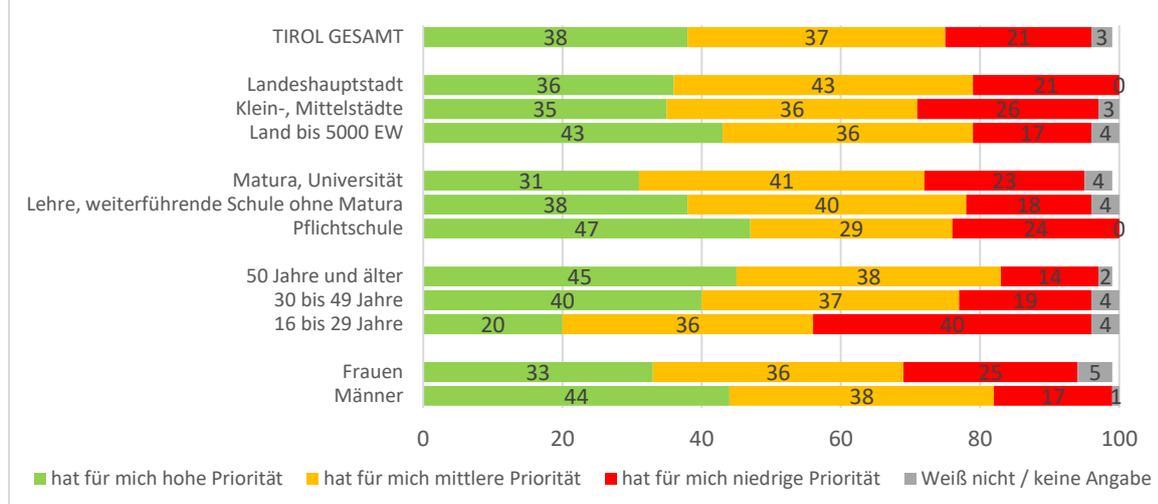
Eine Stärkung der Regionen in der EU wird von älteren Befragungsgruppen als dringlicher erachtet als von jungen – 45 Prozent der über 50-Jährigen nennen diesen Punkt, jedoch nur 20 Prozent der 16 bis 29-Jährigen, für die das Thema zu 40 Prozent sogar „niedrige“ Priorität hat.

Für TirolerInnen aus kleineren Landgemeinden ist die Stärkung der Regionen von größerer Dringlichkeit als für jene aus größeren Orten. Befragten mit Pflichtschulabschluss ist das Thema wichtiger als anderen Ausbildungsgruppen.

Männer halten die Stärkung der Regionen zu 44 Prozent für vordringlich, bei Frauen liegt der entsprechende Wert bei 33 Prozent.

Grafik 10: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE ROLLE DER REGIONEN IN DER EU STÄRKEN



Stärkung der globalen Rolle der EU

Die „**Stärkung der globalen Rolle der EU**“ wird von den TirolerInnen am seltensten genannt. Für 30 Prozent hat dieser Bereich „hohe Priorität“, für 47 Prozent „mittlere“. 21 Prozent sagen jedoch, dass eine stärkere EU auf der Weltbühne ein Thema ist, das sich für die EU eher nachrangig stellt.

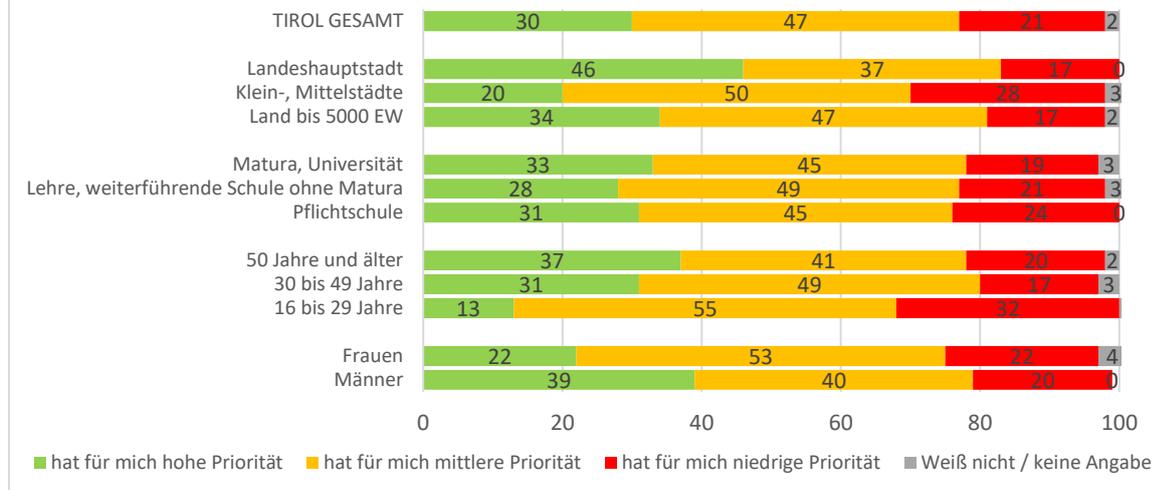
Besonders sichtbar ist der Wunsch nach einer Stärkung der EU auf der Weltbühne bei den EinwohnerInnen der Landeshauptstadt Innsbruck: Für 46 Prozent hat dieses Thema oberste Priorität, in kleinen und mittelgroßen Städten sind es dagegen nur 20 Prozent, in Landgemeinden wiederum 34 Prozent.

Männern ist – mit 39 Prozent – eine global stärkere EU ein dringlicheres Anliegen als Frauen (22 Prozent), die diesen Punkt eher als mittlere Priorität betrachten.

Am seltensten wird eine Stärkung der globalen Rolle der EU in der Altersgruppe der 16 bis 29-Jährigen als besonders dringend erachtet. Nur 13 Prozent sehen die Union hier besonders gefordert, für 55 Prozent hat das Thema mittlere Priorität, für ein Drittel jedoch hat es keinen Vorrang.

Grafik 11: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE GLOBALE ROLLE DER EU STÄRKEN



Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?

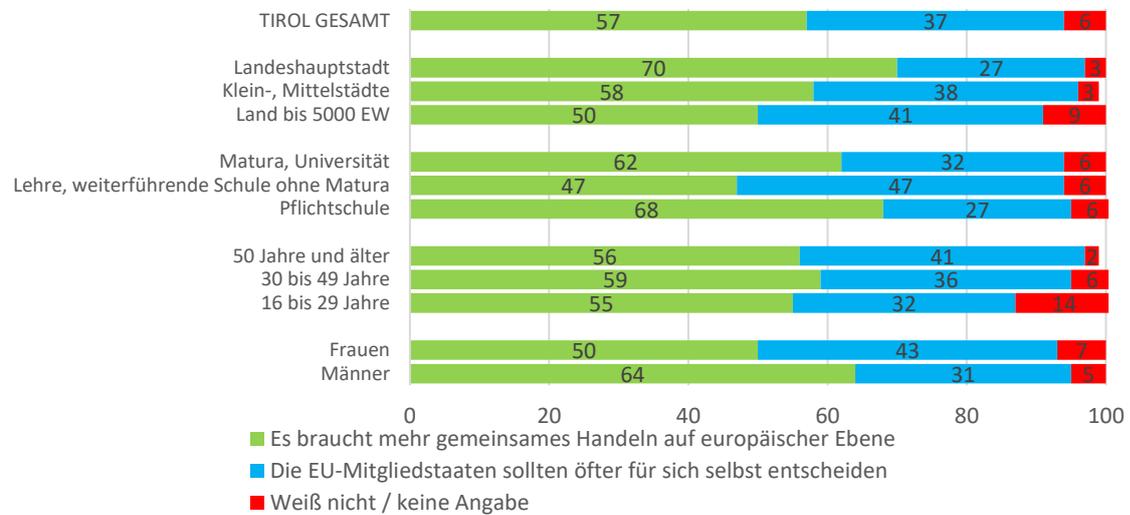
57 Prozent der Tirolerinnen und Tiroler glauben, dass es „**mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene**“ braucht, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 37 Prozent vertreten die Ansicht, dass in Zukunft die „**EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden**“ sollten. 6 Prozent nehmen zu dieser Frage nicht Stellung.

Innsbruckerinnen und Innsbrucker sind die größten VerfechterInnen eines stärkeren gemeinsamen Handelns auf EU-Ebene. 70 Prozent sprechen sich dafür aus, in den kleinen und mittelgroßen Städten sind es 58 Prozent, in Landgemeinden 50 Prozent.

Sehr stark wird ein Mehr auf europäischer Ebene auf von Befragten mit Pflichtschulabschluss befürwortet (68 Prozent) sowie von Männern mit 64 Prozent.

Dafür, mehr Kompetenzen auf die nationale Ebene zu verlagern, sprechen sich am eindeutigsten Personen mit weiterführender Schule ohne Matura oder mit Lehre aus (47 Prozent), gefolgt von Frauen (43 Prozent) sowie Personen ab 50 und in Landgemeinden, die dies jeweils zu 41 Prozent unterstützen.

Grafik 12: Wenn Sie an die Herausforderungen denken, denen die EU und Österreich gegenüberstehen. Braucht es Ihrer Meinung nach eher mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene oder sollten die EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden?



Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

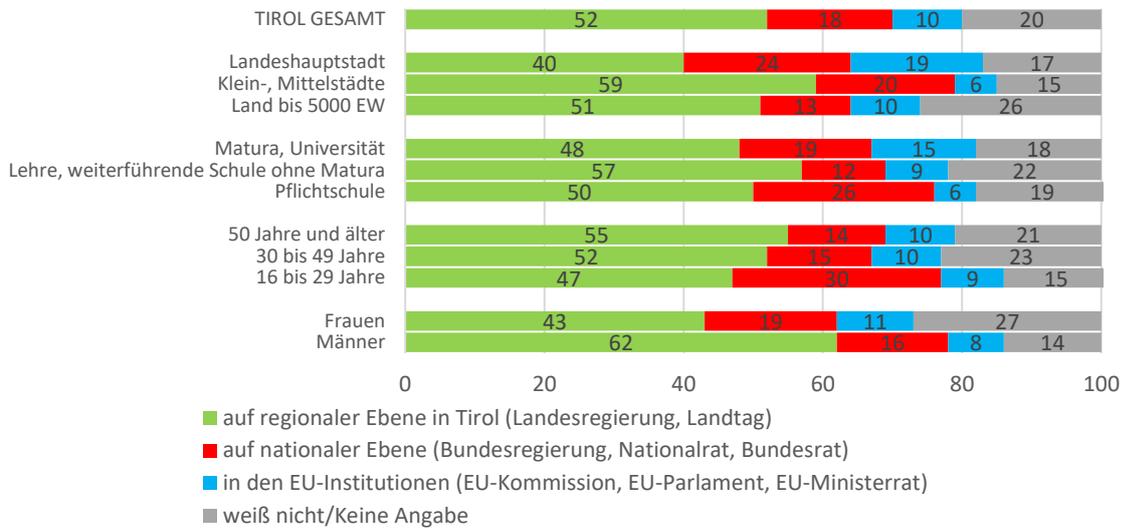
Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, hat etwas mehr als die Hälfte der TirolerInnen (52 Prozent) das größte Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen auf **regionaler Ebene** (also in Landesregierung und Landtag), 18 Prozent geben in dieser Frage die **nationale Ebene** an (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 10 Prozent nennen die **EU-Institutionen** (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat). Ein Fünftel der Befragten kann oder will zu diesem Punkt jedoch nicht Stellung beziehen. Darunter befinden sich etwas stärker Personen aus Landgemeinden und Frauen.

Am stärksten ausgeprägt ist das Vertrauen in **regionale Entscheidungsstrukturen** bei männlichen Befragten (62 Prozent), in kleinen und mittelgroßen Städten (59 Prozent) und bei Befragten mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura.

Das höchste Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen **im Bund** findet sich bei den 16 bis 29-Jährigen (30 Prozent), bei Personen mit Pflichtschulabschluss (26 Prozent) und in der Landeshauptstadt (24 Prozent).

In Innsbruck ist auch der höchste Vertrauenswert in die **EU-Institutionen** auszumachen. 19 Prozent geben an, dass sie bei Entscheidungen, die ihr persönliches Leben betreffen, das höchste Vertrauen in EU-Kommission, Parlament und Ministerrat haben, für MaturantInnen und UniabsolventInnen gilt dies zu 15 Prozent.

Grafik 13: Bei politischen Entscheidungen, die meine Zukunft betreffen, habe ich das größte Vertrauen in die EntscheidungsträgerInnen...



Bilder der EU-Zukunftstour in Tirol



© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Pressespiegel

EU-Zukunftsdebatte: Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit haben für Tiroler Priorität (APA-OTS, 26. Juni 2021)

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210626_OTS0030/neufassung-der-ots-0015-eu-zukunftsdebatte-klimaschutz-und-soziale-gerechtigkeit-haben-fuer-tiroler-prioritaet

Strampeln für ein besseres Image der EU (Kronen Zeitung, 26. Juni 2021)

<https://www.krone.at/2447250>

Welche Europa-Zukunftsthemen beschäftigen Tirol? (Bezirksblätter Tirol, 28. Juni 2021)

https://www.meinbezirk.at/tirol/c-politik/welche-europa-zukunftsthemen-beschaeftigen-tirol_a4730354

Krise war Weckruf für Europa (Tiroler Tageszeitung, 28. Juni 2021)

<https://www.tt.com/artikel/30795030/krise-war-weckruf-fuer-europa-platter-moechte-europa-und-regionen-staerken>

INTERREG-Rat Terra Raetica - 15 grenzüberschreitende Projekte wurden beschlossen (Bezirksblätter Tirol, 9. Juli 2021)

https://www.meinbezirk.at/landeck/c-lokales/15-grenzueberschreitende-projekte-wurden-beschlossen_a4755017

Resümee

Eine Mehrheit der Tirolerinnen und Tiroler hält die Debatte über die Zukunft Europas für sinnvoll, viele wollen sich auch aktiv daran beteiligen – trotz oder gerade wegen ihrer kritischen EU-Haltung. Dabei sehen es die Tirolerinnen und Tiroler aktuell für die wichtigste Aufgabe der EU, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern und sich für Klima- und Umweltschutz einzusetzen. So das Ergebnis der von der ÖGfE und der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Umfrage, die Mitte Juni tirolweit durchgeführt wurde.

Drei Viertel der befragten Tirolerinnen und Tiroler zeigen sich – in der vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten Umfrage – an „Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert“. Acht von zehn Befragten in Tirol haben Interesse an der EU-Zukunftsdebatte: 29 Prozent wollen sich „auf jeden Fall“ einbringen und stimmen der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Richtung Europas geben sollte“. 51 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte vorstellen könnten, „wenn diese zu konkreten Reformen und Ergebnissen führen würde“.

Wenn es um die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Tirol geht, so ist das Meinungsbild ambivalent. 35 Prozent antworten, dass sie durch die EU-Mitgliedschaft in Tirol vor allem Positives bemerken, für 32 Prozent überwiegt jedoch das Negative. Für ein weiteres Drittel (33 Prozent) „macht es keinen Unterschied für Tirol, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“. 39 Prozent sagen, dass es „in Zeiten der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der EU zu sein“. Für 23 Prozent ist es eher ein Nachteil.

„Die Transitproblematik ist sicherlich ein entscheidender Faktor für das Stimmungsbild“, unterstreicht Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich. „Wir müssen den Verkehr dringend von der Straße auf die Schiene verlagern, um die Verbindung zwischen dem Norden und dem Süden Europas zu verbessern und Tirol zu entlasten. Bei einem Besuch der Baustelle des Brenner Basistunnels konnten wir die Fortschritte bei diesem gigantischen Projekt, das von der EU kofinanziert wird, sehen. Auch Europa ist eine Riesenbaustelle, auf der es noch sehr viel zu tun gibt. Wichtig ist hier und da, dass wir gemeinsam anpacken.“

ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt ergänzt: „Interesse und Kritik an Europa sind in Tirol vorhanden. Umso wichtiger ist es, die faktenbasierte Kommunikation und den Dialog über Europa zu verstärken, offen auf Kritik einzugehen und Bürgerinnen und Bürger in die Politikgestaltung einzubeziehen. Die EU-Zukunftsdebatte kommt hier gerade zur rechten Zeit.“

Für knapp zwei Drittel der Befragten in Tirol (63 Prozent) hat es „hohe Priorität“, dass sich die EU darum kümmert, die „Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern“. Auch der „Klima- und Umweltschutz“ steht ganz oben auf der europäischen To-Do-Liste der EU: Für sechs von zehn Befragten hat das Thema „hohe Priorität“. In ebenso hohem Ausmaß (58 Prozent) sehen die Befragten „die Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ als Thema, dem sich die EU verstärkt widmen soll. Für 46 Prozent der Menschen ist „eine gemeinsame EU-Asyl und Migrationspolitik“ ein Top-Anliegen. Ähnlich ist das Meinungsbild im Hinblick auf „die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene“. Für 45 Prozent hat diese „hohe Priorität“. Für 38 Prozent der Tirolerinnen und Tiroler wäre es zudem sehr dringlich, „die Rolle der Regionen in der EU zu stärken“. 57 Prozent meinen, dass es „mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene“ braucht, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen.

Im Zusammenhang mit Entscheidungen betreffend die persönliche Zukunft hat etwas mehr als die Hälfte der Tirolerinnen und Tiroler (52 Prozent) das größte Vertrauen in Entscheidungsträger auf regionaler Ebene (also in Landesregierung und Landtag), 18 Prozent verweisen in dieser Frage auf die

nationale Ebene (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 10 Prozent nennen die EU-Institutionen (Europäische Kommission, Europäisches Parlament, EU-Rat).

Schwaz ist Beispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit

„Die Menschen vertrauen jenen Entscheidungsträgern am meisten, die in ihrer Nähe und daher für sie greifbar sind. In Tirol haben Entscheidungen aus Innsbruck einen anderen Stellenwert als jene aus Wien oder Brüssel“, sagt Selmayr. „Daher sind die enge Zusammenarbeit zwischen europäischer, nationaler und regionaler Ebene und die Präsenz Europas vor Ort so wichtig, um die bestmöglichen Ergebnisse im Sinne der Bevölkerung zu erzielen. Das beste Beispiel für erfolgreiches gemeinsames Handeln ist die Impfkampagne im Bezirk Schwaz, der als erster Bezirk in der EU durchgeimpft werden konnte – dank 100.000 zusätzlicher Impfdosen, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen organisiert hat.“

Auf der EU-Zukunftstour durch Tirol treffen Selmayr und Schmidt unter anderem junge Landwirte in Mühlbachl, Studierende in Innsbruck, Mitarbeiter der Bezirkshauptmannschaft Schwaz, Bauarbeiter am Brenner Basistunnel und Almwirte in Fließ.

Rückfragehinweis:

Mag. Paul Schmidt
Generalsekretär
paul.schmidt@oegfe.at

Mag. Stefan Schaller
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
stefan.schaller@oegfe.at

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) | Rotenhausgasse 6/8, 1090 Wien |
Tel.: 01/533 49 99 | E-Mail: europa@oegfe.at | Web: www.oegfe.at